

Vorlage Nr.: PDS/014

22.02.2007

Gruppenantrag

öffentlich

für den	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Kreisausschuss	Landrat	19.03.2007	18
Kreistag	Landrat	26.03.2007	16

Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE.PDS vom 07.02.2007
- "Müllimport aus Australien" -

Beschlussvorschlag: siehe Anlage

Erläuterungen zur Sach- und Rechtslage:

(Bei Maßnahmen mit Auswirkungen auf Umwelt, Gleichstellung oder Finanzen ist in den Erläuterungen darauf besonders einzugehen)

Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Amt Fachdienst	Amtsleiter/in Fachdienstleiter/in	Dezernent/in Fachbereichsleiter/in	Kreisdirektor	Landrat
12	gez. Lewe	gez. König	i. V. gez. Kretschmann	gez. Welt

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag		☐ abweichender Beschluss	
	☐ einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

Herrn
Landrat
Jochen Welt
Kurt-Schumacher-Allee 1

Sachkundiger Bürger im ALUBA
Hans-Heinrich Holland
Feldstr. 160
45699 Herten
Handy: 0178 1535230

45657 Recklinghausen

Herten, 7. Februar 2007

Betr.: Antrag zur Tagesordnung der Sondersitzung des Ausschusses für Landschaft, Umwelt
und Bauangelegenheiten am 8. Februar 2007, bzw. an den Kreistag

Sehr geehrter Herr Landrat Welt,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Lind,

zunächst möchte ich entschuldigen, dass der Antrag so kurzfristig vorgelegt wird, aber ich wollte die Informationsveranstaltung am 6. Februar im Hertener Glashaus noch abwarten. Der Antrag sollte den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zugänglich gemacht und möglicherweise auch diskutiert werden. Zur Beschlussfassung möge der Kreistag tätig werden.

Ich bitte den Kreistag folgende Beschlüsse zu fassen:

- *Der Kreistag spricht sich gegen den Müllimport aus Australien aus.*
- *Die AGR wird aufgefordert, die betriebswirtschaftliche Rechnung des „RZR“, bzw. der AGR dem Kreistag zugänglich zu machen.*
- *Der Kreistag fordert die AGR auf, die Akquisition von Sonderabfällen (weltweit) einzustellen.*

Begründung:

1. Sowohl gestern als auch in der Veranstaltung des Ausschusses für Planung und Umwelt (APU) in Herten war die Rede von der Nichtauslastung der Sondermüllverbrennungslinien im „RZR“. Es war zu erfahren, dass der Sondermüllteil des „RZR“ für 2007 nur zu 50% ausgelastet sei. Herr Feldmann (Bezirksregierung Münster) führte am 22.1.07 im APU aus, dass nur noch wenig Sondermüll in der BRD anfälle, so dass schon eine Sondermüllverbrennungsanlage geschlossen wurde. Bei einer Parteiveranstaltung der SPD, soll Herr Moll (Betriebsführungsgesellschaft der AGR) geäußert haben, dass der Sondermüllbereich auch in der Vergangenheit schon rote Zahlen geschrieben haben soll. (Aussage einer Fragestellerin bei der Informationsveranstaltung am 6. Februar im Hertener Glashaus) Das Aufrechterhalten des

Sondermüllverbrennungsteils (90.000 t/a) kann tatsächlich bei Nichtauslastung nur über eine Quersubventionierung innerhalb des Unternehmens ermöglicht werden. Die Quersubventionierung hat bei der AGR Tradition. Bereits in den 80er Jahren wurde nur mittels von Quersubventionen (damals subventionierte die Zentraldeponie Emscherbruch das „RZR“) der Fortbestand der Anlage und die kostenträchtige Produktion von Eco-Briqs sichergestellt. (Vgl. Positionspapier der Grünen Kreistagsfraktion von Februar 1985. In diesem Positionspapier habe ich auch ausführlich dargestellt, dass die damals planenden Unternehmen – Mannesmann, Gelsenberg bzw. VEBA – sich eine Industriemüllverbrennungsanlage nur im Verbund mit einer Hausmüllverbrennungsanlage vorstellen konnten, da das Risiko ansonsten zu hoch sei. Angedacht also schon Anfang der 70er Jahre eine Quersubventionierung, obwohl dies ausdrücklich so nicht bezeichnet wird)

Eine Quersubvention der Sondermüllverbrennung würde bedeuten, dass die Abfallgebührenzahler, die dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegen, die Giftmüllverbrennung überhaupt erst ermöglichen und mitfinanzieren. Es unterliegt der Zuständigkeit des Kreises, dass Gebührenzahler für Leistungen, von denen die Gebührenzahler nichts haben, nicht in Regress genommen werden. Der Kreistag hat dafür zu sorgen, dass die notwendigen Informationen für unberechtigte Inanspruchnahme der Gebührenzahler offen gelegt und verhindert werden.

Die Überprüfung der Kostenrechnung sollte auch aus einem anderen aktuellen Grund geschehen. Derzeit werden die 3. und 4. Siedlungsmüllöfen gebaut, in denen siedlungsmüllähnliche Gewerbeabfälle verbrannt werden sollen. Das Sanierungskonzept der AGR – lag seinerzeit der Verbandsversammlung des RVR vor – sieht vor, dass mit der Erweiterung der Anlage „Stille Reserven“ mobilisiert werden. Konkret bedeutet dies, dass bereits vorhandene Anlagenteile (Infrastruktur) mit genutzt, bzw. vorhandenes Personal mit eingesetzt werden soll. Ohne Einsichtnahme in die Kostenrechnung heute – und natürlich nach Inbetriebnahme der beiden neuen Anlagen – wäre es möglich, dass auch hier eine Quersubventionierung erfolgt – zu Lasten der Gebührenzahler.

2. Der australische HCB-Abfallimport dürfte nur die „Spitze des Eisbergs“ sein. Vor etwa 2 Jahren (5. November 2004) berichtete die taz unter der Überschrift „Kommunaldentsorger globalisiert“ über folgende Sachverhalte:

„Die Entsorgungskooperation EkoCity wird ab sofort auf europäischer Ebene mit dem italienischen Abfallwirtschaftsverband Vitalia zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit mit den Italienern soll vor allem für „eine gemeinsame strategische Ausrichtung gegenüber den politischen Gremien der Europäischen Union“ sorgen, wie EkoCity-Sprecherin Gudrun Goldschmidt sagt.“ Beteiligte am EkoCity-Verbund ist auch die AGR – der EkoCity-Verbund stellt den Zusammenschluss der kommunalen Entsorgungsunternehmen der Städte und Kreise Bochum, Herne, Remscheid, Wuppertal, Recklinghausen und Ennepe-Ruhr dar.

Diese Informationen sind z.T. irreführend, da der EkoCity-Verbund eigentlich für etwas anderes „missbraucht“ wird. Es geht weniger um den Bereich der kommunalen Entsorgung, sondern um Lobbytätigkeit zur Akquirierung „besonderer Abfälle“, sprich Sonderabfälle!

Zitat: Gerade im Bereich besonderer Abfälle lohne sich eine Zusammenarbeit, denn „vernünftige Anlagen für deren Behandlung gibt es in Europa nicht so häufig“, sagt Schröter. (Achim Schröter ist Sprecher des Verbandes Kommunale Abfallwirtschaft im Verband kommunaler Unternehmen)

Der Kreis Recklinghausen ist ebenfalls Mitglied in diesem Verbund. Wurde jemals in den Gremien des Kreises über solche Aktionen diskutiert bzw. Empfehlungen gegeben? Welche Konsequenzen sind zu ziehen, angesichts der sich nun darstellenden Sachlage mit Giftmüll, der unökologisch und sicherheitsgefährdend 16.000 km von Australien nach Herten transportiert werden soll?

Der Kreis Recklinghausen hat ein Problem: Der Widerstand in Herten gegen Giftmüllimporte ist sehr groß. Die Ausschusssitzung in Herten hatte viele Zuhörer (nicht nur aus Herten, sondern aus Wanne-Eickel (Herne), Recklinghausen, insbesondere Hochlarmark, Essen und anderen Städten), die Beteiligung an der Informationsveranstaltung im Glashaus war riesengroß – es gab keine Sitzplätze mehr, sogar die Balkons dienten zur Unterbringung von Bürgern.

Die Verbrennung australischen Giftmülls im „RZR“ wird eine „Schranke“ niederreißen. Es gibt nach bisherigen Informationen keinen Grund, weshalb Australien mit dem Giftmüll nicht selbst zu recht kommen könnte. Zwei australische Anlagen könnten den Abfall beseitigen. Was bewegt einen Chemiemulti wie ICI (heute Orica) hochgiftigen Abfall 16.000 km weit zu transportieren, um die Abfälle in Europa, im dicht besiedelten Ruhrgebiet (Leverkusen, Dormagen, Herten) und in Brunsbüttel verbrennen zu lassen? Einzig und allein – der Preis! Die Politik wird sich den Schuh anziehen müssen, dass die Verbrennung von Giftmüllabfall in der Bundesrepublik offenbar konkurrenzlos billig – durch Subventionierung der Abfallgebührenzahler? – ist.

Die Politik im Kreis Recklinghausen wird einiges tun müssen, um das Vertrauen der Bürger wieder erlangen zu können. Deshalb schlägt die Linke.PDS – Gruppe der offenen Liste im Kreistag Recklinghausen – vor, wie empfohlen zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Heinrich Holland

Anlage: Artikel der taz vom 5.11.2004 „Kommunalentsorger globalisiert“

die tageszeitung

Kommunalentsorger globalisiert

Die kommunale Entsorgungskooperation EkoCity, zu der sieben Kreise und Städte im Ruhrgebiet gehören, will sich durch internationale Zusammenarbeit mehr Gewicht in Europa verschaffen

VON ELMAR KOK

Die Entsorgungskooperation EkoCity wird ab sofort auf europäischer Ebene mit dem italienischen Abfallwirtschaftsverband Vitalia zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit mit den Italienern soll vor allem für "eine gemeinsame strategische Ausrichtung gegenüber den politischen Gremien der Europäischen Union" sorgen, wie EkoCity-Sprecherin Gudrun Goldschmidt sagt.

EkoCity ist seit 2002 der Zusammenschluss der kommunalen Entsorgungsunternehmen der Städte und Kreise Bochum, Heme, Remscheid, Wuppertal, Recklinghausen und Ennepe-Ruhr. EkoCity soll den teilnehmenden Kommunen langfristig Entsorgungssicherheit und stabile Gebühren garantieren. Aus den gleichen Gründen schlossen sich 2003 Italiens kommunale Entsorger aus Rom, Turin, Genua, Ancona und Florenz zusammen. Die Italien-Connection hält 12 Prozent des nationalen Entsorgungsmarktes und versorgt 5,2 Millionen Einwohner. Obwohl Müll-Importe aus Italien in der Vergangenheit in Deutschland immer wieder für Schlagzeilen sorgten, schließt Goldschmidt aus, dass demnächst italienischer Müll in Anlagen von EkoCity verarbeitet wird. "Es geht eher darum, mit gemeinsamen Aktionen bei der Europäischen Union die künftige Entsorgungspolitik in Europa beeinflussen zu können", sagt sie. Es könne sogar soweit gehen, dass sich der Zusammenschluss in Zukunft gemeinsam an europäischen Ausschreibungen beteilige, sagt Goldschmidt. Insofern sei man bereit, die Herausforderungen eines "zusammen schrumpfenden Europas anzunehmen", denn "das tun die privaten Entsorger ja auch".

Achim Schröter, Sprecher des Verbandes Kommunale Abfallwirtschaft im Verband kommunaler Unternehmen, hält den Schritt von EkoCity und Vitalia für logisch. "Immer öfter werden die kommunalen Abfallbetriebe von der Politik aufgefordert, sich Marktmechanismen zu stellen", sagt Schröter. Insofern sei der Zusammenschluss positiv zu bewerten. Dass die Unternehmen jetzt auf europäischer Ebene Einfluss auf die Politik nehmen wollten, sei strategisch richtig. "EkoCity wurde ja lange genug von der Europäischen Kommission argwöhnisch beobachtet", sagt Schröter. Denn bisher seien kommunale Entsorger oft gehemmt worden, da ihnen oft Gebietsgrenzen vorgeschrieben wurden, innerhalb derer sie tätig sein durften. Gerade im Bereich besonderer Abfälle lohne sich eine Zusammenarbeit, denn "vernünftige Anlagen für deren Behandlung gibt es in Europa nicht so häufig", sagt Schröter.

Trotzdem schließt Goldschmidt aus, dass in der mechanischen Abfallsortieranlage, die gerade in Bochum für EkoCity gebaut wird, bald italienischer Müll weiter verarbeitet wird. Obwohl die Anlage "europaweit führend" sei, dürften sich dort zwar italienische Ingenieure in Praktika fortbilden, "aber eine gemeinsame Nutzung der Anlage steht nicht an".

taz Ruhr Nr. 7506 vom 5.11.2004, Seite 1, 97 TAZ-Bericht ELMAR KOK

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

